

35/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Moskau-Reise war ein großer Erfolg

Bundsvorstand mit den Ergebnissen des Besuchs sehr zufrieden

Die Moskau-Reise des Bundeskanzlers stand im Mittelpunkt der Beratungen des CDU-Bundsvorstandes am Montag, 31. Oktober 1988, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Vor der Presse erklärte Helmut Kohl, er habe im Bundsvorstand eine breite Zustimmung für die Ergebnisse seines Besuches erhalten.

In seinem Bericht hob der Bundeskanzler hervor, wie wichtig es sei, daß die CDU durch ihre Politik seit 1982 einen Beitrag zur Stabilisierung der NATO geleistet habe. Das habe mit dazu beigetragen, daß die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine vernünftige Weise intensiviert werden konnten. Der Kanzler wies noch einmal auf die enge Verzahnung von Besuch und Gegenbesuch durch Generalsekretär Gorbatschow in der ersten Hälfte des kommenden Jahres hin. Dann werde auch ein Abschlußdokument erstellt.

Helmut Kohl berichtete weiter über seine Gespräche mit Rußland-Deutschen und kritisierte in diesem Zusammenhang die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine zur Aussiedlerfrage, weil sie jeder Solidaritätsverpflichtung hohnsprächen.

Der Bundeskanzler wird am 10. November 1988 im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung über seine Gespräche mit der sowjetischen Führung abgeben, über die wir dann ausführlich berichten.

HEUTE AKTUELL

- **Karlspreis**
Symbol deutsch-französischer Freundschaft. Auszüge aus der Dankrede von Helmut Kohl. Seite 7
- **Chile**
Heiner Geißler: Sieg über Pinochet brachte Öffnung für Demokratie. Seite 9
- **Wirtschaft**
Der Aufschwung geht in sein siebtes Jahr. Seite 16
- **Konjunktur**
Volle Fahrt voraus. Seite 18
- **DGB**
Aktionstage — ein Schlag ins Wasser. Seite 19
- **CDU Schleswig-Holstein**
Bericht vom 41. Landespartei-tag. Seite 20
- **Dokumentation**
Bilanz unserer Politik gegenüber unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn. Grüner Teil

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, **Alfred Dregger**, nahm eine politische Bewertung des Moskau-Besuches vor und erklärte u. a.:

„Die Bundestagsfraktion beglückwünscht den Bundeskanzler zum Erfolg seiner Moskau-Reise. ‚Das Eis ist gebrochen‘ — diese Aussage von Generalsekretär Gorbatschow, die Helmut Kohl sich zu eigen gemacht hat, umreißt in anschaulicher Weise das Ergebnis der Gespräche, die der Bundeskanzler und seine Delegation in Moskau geführt haben: Beide Seiten haben den festen Willen, ihre Beziehungen zu verbessern und auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Der Schlüssel dafür ist der Abbau von Ängsten und die Bildung von Vertrauen. Das gegenseitige Vertrauen wird in dem Maße wachsen, in dem die wirtschaftliche, kulturelle und technologische Zusammenarbeit gedeiht, die durch das Unterzeichnen mehrerer Abkommen im Rahmen der Kanzlerreise intensiviert wird. Wir knüpfen damit an die langen Perioden fruchtbarer Zusammenarbeit an, die Deutsche und Russen in ihrer Geschichte verbunden haben.“

Eine Vielzahl von Regierungs- und Wirtschaftsabkommen sowie ein Dreimilliardenkredit zeigen, daß die Bundesregierung den überfälligen Reformprozeß in der Sowjetunion unterstützen will, nicht nur im Sinne der sowjetischen Menschen, sondern vor allem auch zur Ost-West-Entspannung. Es kommt nun darauf an, diese Vereinbarungen in die Wirklichkeit umzusetzen und mit Leben zu erfüllen, stellte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, **Rudolf Seiters**, fest.

Vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen Geschichte ist die erstmalige Reise eines Bundesverteidigungsministers in die Sowjetunion, seine Ansprache in einer Militärakademie, sein Truppenbesuch und die Begegnung mit dem sowjetischen Verteidigungsminister

Jasow eine wahrhaft vertrauensbildende Maßnahme und in ihrer Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis nicht zu unterschätzen.

In dem Maße, wie der Freiraum der sowjetischen Bürger erweitert wird, die Beachtung der Menschenrechte zunimmt, die Kooperationsbereitschaft und der Pluralismus wächst, wird in der Sowjetunion auch das Verständnis für die nationalen Belange der Deutschen zunehmen. Bis dahin wird es darauf ankommen, mit pragmatischen Schritten und einer Politik des Augenmaßes praktische Erleichterungen für alle Deutschen zu erreichen. Vor allem Berlin bleibt für uns weiterhin Prüfstand des neuen Denkens in der Sowjetunion. Die erreichten Fortschritte sind nach unserer Auffassung nur eine Durchgangsstation zu weiteren Verbesserungen, die in die volle Einbeziehung West-Berlins in alle Verträge und die volle Außenvertretung West-Berlins durch den Bund im Einklang mit dem Viermächteabkommen einmünden müssen.

Warnung vor den „Grauen Panthern“

Zu dem auf der Bundesversammlung des Seniorenschutzbundes „Graue Panther“ gefaßten Beschluß, mit einer eigenen Kandidatenliste zum Europaparlament zu kandidieren, erklärt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Gerhard Braun: Mit dem Beschluß, eine eigene Europaliste aufzustellen, ist es nun eindeutig klar, daß sich die „Grauen Panther“ außerhalb des bisherigen Parteienspektrums als politische Vereinigung etablieren wollen. Die Senioren-Union warnt alle älteren Mitbürger davor, sich durch die Floskel der Überparteilichkeit von den „Grauen Panthern“ einfangen zu lassen.

Die Moskau-Reise des Kanzlers im Spiegel der Presse

„Kohl kann mit dem ersten Tag sehr zufrieden sein. (Kohl und Gorbatschow) verstehen sich, sie können miteinander, sie haben einen Gesprächskontakt. Das merkt man vor allem daran, daß sie das, was sie trennt, nicht verniedlichen, sondern klar aussprechen.“

(„ZDF“ vom 24. 10. 1988)

„Kohl stellte auch klar, daß er unter Gorbatschows verführerischem Slogan vom ‚Gemeinsamen Europäischen Haus‘ etwas anderes versteht als unsere politischen Romantiker. Denen geht so etwas gleich ans Herz. Moskau nämlich suggeriert: Eigentlich haben wir Europäer mehr miteinander gemein als die Nato-Europäer mit den USA. Kohl, in diesem Punkt wirklich Enkel Adenauers, hielt dagegen: ein gemeinsames Haus ja. Aber mit vielen Fenstern und vielen Türen, damit die Menschen frei zueinander kommen können, damit niemand den Austausch von Gütern und Ideen hemmt. Sollten es die maßgeblichen Leute im Kreml nicht gewußt haben, dann wissen sie seit Montag, woran sie bei Kohl sind.“

(„Frankfurter Neue Presse“ vom 25. 10. 1988)

„In Moskau ist nahezu die gesamte Palette der brisanten welt- und europäischen Probleme behandelt worden. Der Weg zur Normalität ist vorgezeichnet. Kohl hat recht, wenn er annimmt, daß noch viele Begegnungen folgen müssen.“

(„Die Rheinpfalz“ vom 28. 10. 1988)

„Bundeskanzler Kohl hat es seinen Kritikern seit jeher nicht leichtgemacht — was er mit Konrad Adenauer gemeinsam haben dürfte. Seine Art zu agieren und zu reagieren löst nicht selten Skepsis oder gar Verärgerung aus: Letztlich muß man dann aber überrascht zur Kenntnis nehmen, daß

der von ihm praktizierte Langmut, dieser fast schon behäbig anmutende Hang zum geduldigen Abwarten doch noch zu beachtlichen Erfolgen führen. Das beweist sich jetzt in Moskau abermals. Aus dem ‚Raketen-Kanzler‘ ist ein Verhandlungspartner geworden, dem der Kreml Vertrauen entgegenbringt.“

(„Kölnische Rundschau“ vom 25. 10. 1988)

„Schon seit Tagen, wenn nicht gar seit Wochen hat die sowjetische Presse den Bundeskanzler als respektablen Politiker entdeckt. Soviel schmeichelhafte Noten hat man einem westdeutschen Regierungschef noch nie gewidmet. Gleichwohl sind sich die Sowjets der Grenzen ihrer Bemühungen um den Kanzler bewußt, zumal Kohl in seiner Rede beim offiziellen Abendessen im Kreml den Generalsekretär unmißverständlich wissen ließ: ‚Wer mehr hat, muß mehr abrüsten‘.“

(„Kölnische Rundschau“ vom 25. 10. 1988)

„Gorbatschow und Kohl haben erreicht, was zu erreichen war. Sie haben einen ersten Schritt getan, auf dem man aufbauen kann und dem weitere folgen können...“

(„HR“ vom 26. 10. 1988)

„Neuer Auftrieb für eine bewährte Ostpolitik. Bundeskanzler Kohl ist zufrieden mit seiner Reise nach Moskau, und er kann zufrieden sein. Es hat weder Pannen noch Pausen gegeben — die Lücke der letzten Jahre ist geschlossen. Wer vor einer Reise zuviel erwartet, kehrt enttäuscht zurück. Für die Kanzlerreise nach Moskau gilt das nicht. Sie war bestens vorbereitet.“

(„Neue Rhein-Zeitung“ vom 27. 10. 1988)

„In einer wichtigen Beziehung hat Bundeskanzler Kohl untadelig reagiert. Wenn ihm ein Versprechen von der sowjetischen Seite

Danke!

Als der Bundeskanzler an der Kremel-Mauer zur Ehrung der gefallenen sowjetischen Soldaten seinen Kranz niedergelegt hatte, dankte ihm der sowjetische Gardekommandant dafür und fügte hinzu: „Ich sehe darin auch eine Ehrung der gefallenen deutschen Soldaten“.

über die Freilassung politischer Gefangener, wenn auch noch so informell und beiläufig, gegeben wurde, hat er recht, dies festzuhalten — laut und klar. Der Westen hat nun Moskaus Eingeständnis, wenn auch vorsichtig formuliert, daß es politische Gefangene gibt. Er hat auch ein Datum für deren Freilassung.“

(„The Times“ vom 27. 10. 1988)

„Helmut Kohl hat im Kreml gute Arbeit geleistet. Das Klima zwischen Bonn und Moskau ist besser geworden. Die Verträge über eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, die unterzeichnet wurden, lassen für die Zukunft viel erhoffen, so viel, daß sich an anderer Stelle schon Sorge regt.“

(„Nordsee-Zeitung“ vom 27. 10. 1988)

„Die Bundesrepublik ist ein besonders tüchtiger und einflußreicher Teil einer Staatengemeinschaft, die von den Sowjets als Partner umworben wird. Europa beansprucht heute in Moskau dasselbe Interesse wie die USA und Fernost. Deshalb hat die Vereinbarung des gemeinsamen Binnenmarktes in der EG im Kreml zunächst so starke Unruhe ausgelöst. Es scheint Kohl gelungen zu sein, die Angst vor einem riesigen ‚militär-industriellen Komplex‘ an der Westgrenze des eigenen, an Erfolgen nicht eben reichen Wirtschaftsclubs zu dämpfen. Zumindest konnte er das deutsche Interesse an einer möglichst liberalen Welthandelspolitik klarmachen. Zugleich

ist die Abrüstung bei den konventionellen Waffen wieder ein Stückchen weitergekommen.“

(„Mannheimer Morgen“ vom 28. 10. 1988)

„Bonns Gründe, Geschäfte mit der Sowjetunion zu betreiben und menschliche Kontakte zu knüpfen, sind verständlich und sollten ganz allgemein unterstützt werden. Schließlich ist Westdeutschland eine führende Wirtschaftsmacht, die gelegentlich im Westen dafür kritisiert wurde, daß sie ihr Gewicht in der Außenpolitik nicht geltend macht. Die Tage, in denen die Sowjetunion die Bundesrepublik als einen revanchistischen Paria betrachtete, sind lange vorbei.“

(„Financial Times“ vom 24. 10. 1988)

„Es entspricht einer inneren Überzeugung Kohls, wenn er an Gorbatschow appelliert, das Thema Wiedervereinigung mit elastischeren Kriterien anzugehen. Dies soll im Rahmen einer Evolution geschehen, die nach Ansicht des Kanzlers zu einer größeren Freiheit für die europäischen Völker und damit auch für das heute noch in zwei Staaten getrennte deutsche Volk führen soll.“

(„Corriere della Sera“ vom 25. 10. 1988)

„Das Verhältnis zu Bonn ist weggerückt vom Ausnahmefall, von der spektakulären Einzigartigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein besonders tüchtiger und einflußreicher Teil einer Staatengemeinschaft, die von den Sowjets als Partner umworben wird.“

(„Der Bund“ vom 27. 10. 1988)

„Bundeskanzler Helmut Kohl kann befriedigt von seinem Moskau-Besuch nach Bonn zurückkehren. Seine Reise brachte eine Intensivierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen mit sich, von der die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich und der Kanzler persönlich als Politiker profitieren können.“

(„Neue Züricher Zeitung“ vom 29. 10. 1988)

Wir wollen die Lehren aus der Geschichte unserer Völker beherzigen

Auszüge aus der Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl beim Abendessen, das Generalsekretär Gorbatschow am 24. Oktober 1988 zu Ehren des Bundeskanzlers gab.

Die Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern und Völkern reichen weit in die Geschichte zurück. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts standen sie sich in zwei Weltkriegen gegenüber. Besonders das Grauen des Zweiten Weltkriegs ist in der Erinnerung unserer Völker gegenwärtig geblieben.

Wir Deutschen sind uns bewußt, welches Unglück und Leid damals den Menschen und Familien Ihres Landes von deutscher Hand zugefügt wurde, welche Zerstörungen hier angerichtet wurden, wieviel an Vertrauen verlorenging.

Tod, Leid und Vertreibung aus der angestammten Heimat waren auch das Schicksal von Millionen meiner Landsleute. Unser Vaterland und seine alte Hauptstadt Berlin wurden geteilt.

Herr Generalsekretär, wir wollen die Lehren aus diesen schmerzhaften Kapiteln in der Geschichte unserer Völker beherzigen. Wir haben uns vorgenommen, mit unserem Besuchs-austausch ein neues Kapitel in unseren Beziehungen zu beginnen. Zum Glück können wir dabei an andere Zeiten, an gute, an große Traditionen anknüpfen.

Überwiegend — und zwar inzwischen fast 600 Jahre — war unsere Geschichte geprägt von fruchtbarem Austausch, von schöpferischer Zusammenarbeit...

Nicht zuletzt aber verbinden uns die vielen Deutschen, die in Ihr Land kamen. Mit Fleiß und Beständigkeit und mit der Pflege ihrer eigenen Tradition haben sie

Rußland und die Sowjetunion mitgeprägt. Sie haben, obwohl sie sich nichts hatten zuschulden kommen lassen, viel Leid erdulden müssen.

Herr Generalsekretär, es ist mein persönlicher Wunsch — und ich spreche hier auch im Sinne vieler meiner Mitbürger —, da diese Menschen wieder wie früher Mittler zwischen beiden Völkern sein können, zur großen Vielfalt Ihres Landes bereichernd beitragen können. Voraussetzung dafür sind gesicherte kulturelle Rechte und freie Religionsausübung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die erfreulich hohe Zahl der Ausreisen von Deutschen aus der Sowjetunion in den letzten Monaten und Jahren würdigen. Mehr Besuchsreisen sollten allen Sowjetbürgern deutscher Nationalität ermöglichen, Verbindungen und Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten...

Es geht um Fortschritte für die Menschen, die sie ganz persönlich und spürbar erleben können. Wir erwarten deshalb, daß das Wiener KSZE-Folgetreffen ohne Verzug ein substantielles, ein ausgewogenes Schlußdokument beschließt, das eindeutige Verbesserungen bringt.

In diesem Prozeß, der die alten Wunden unseres Kontinents heilen und seine Menschen zusammenführen soll, muß es auch für die Deutschen möglich werden, die Teilung ihres Vaterlandes friedlich zu überwinden, so wie dies bei Unterzeichnung des Moskauer Vertrags im Brief zur Deutschen Einheit zum Ausdruck kam.

Wir wissen, daß das Ziel der Einheit nur mit Zustimmung der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte zu erreichen sein wird. Für uns sind Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik.

Dennoch bleibt wahr: Diese Teilung ist widernatürlich. Und der Zusammenhalt der Deutschen ist eine geschichtliche, eine menschliche Realität, an der auch die Politik nicht vorbei kann.

Wir achten die bestehenden Grenzen, doch wir wollen, daß alle Deutschen — wie alle Europäer — ihr Schicksal frei wählen und in gemeinsamer Freiheit zueinanderfinden können...

Herr Generalsekretär, beim Ausbau unserer Beziehungen muß Berlin voll einbezogen werden. Die Lage der Stadt ist von jeher ein Gradmesser für den Stand der West-Ost-Beziehungen gewesen. Das Viermächte-Abkommen hat sich als tragfähige Grundlage erwiesen. Bei seiner strikten Einhaltung und vollen Anwendung sollten sich auch für die noch nicht gelösten Fragen praktische, das heißt, vernünftige Regelungen finden lassen.

DDR soll Kauf westlicher Zeitungen an Kiosken zulassen

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich (Eschwege), hat die DDR aufgefordert, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen und den Verkauf von Zeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Kiosken in der DDR zuzulassen. In einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung griff Weirich weiterhin eine Anregung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) auf, im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs die Mitnahme von Zeitungen und Zeitschriften zu gestatten. Außerdem sollte im Interesse der Informationsfreiheit der Bürger in der DDR ein Zeitungsaustausch zwischen der Lokal- und Regionalpresse der Partnerstädte in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland organisiert werden.

STICHWORT:

„Einheitliche Europäische Akte“

Im Dezember 1985 verabschiedete der Europäische Rat in Luxemburg die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA). Sie ist nach Ratifizierung durch alle 12 Mitgliedstaaten seit 1. Juli 1987 in Kraft. Dieses Dokument ist seit Gründung der Gemeinschaft vor 30 Jahren das wichtigste Reformwerk.

Die Einheitliche Europäische Akte ergänzt die Römischen Verträge von 1957 um die neuen gemeinschaftlichen Tätigkeitsbereiche Umweltschutz, Forschung und Technologie. Sie schafft somit die rechtlichen Voraussetzungen zur grenzüberschreitenden Verhütung und Bekämpfung von Umweltschäden und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Forschung und Technologie.

Als weitere Neuerung ist in der EEA die seit 1970 bestehende Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) vertraglich verankert. Hierdurch erhält die gemeinsame Außenpolitik der zwölf Mitgliedstaaten eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage.

Durch die EEA wird das Beschlußverfahren im Europäischen Rat beschleunigt. In vielen Bereichen ersetzen Mehrheitsentscheidungen nun den bisher befolgten Grundsatz der Einstimmigkeit.

Auch das Europäische Parlament wird durch die EEA in seinen Befugnissen gestärkt. Neben Mitspracherechten in der Finanz- und Haushaltspolitik erhält das Straßburger Parlament Mitwirkungsrechte bei der Gesetzgebung und Mitentscheidungsrechte über EG-Abkommen mit Drittländern.

Mit diesen Reformen legt die Einheitliche Europäische Akte den Grundstein zur Vollendung des Binnenmarktes 1992. Er bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur europäischen Union.

Karlspreis '88:

Symbol deutsch-französischer Freundschaft

Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl sind am Dienstag, 1. 11. 1988, in Aachen mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet worden. Mit der Auszeichnung wird das ununterbrochene und erfolgreiche Streben beider Politiker um dauerhafte Freundschaft ihrer Länder und um die Festigung der Europäischen Gemeinschaft gewürdigt, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Laudatio vor 1 000 geladenen Gästen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sagte in seiner Dankadresse u. a.: „In der Geschichte des Karlspreises nimmt die Entscheidung der Jury in diesem Jahr einen besonderen Platz ein: Sie ist — offenkundig auch so beabsichtigt — eine Demonstration, denn zum ersten Mal werden ein Franzose und ein Deutscher **gemeinsam** Preisträger.

Ich glaube, in dieser Entscheidung spiegelt sich wider die beispiellose Entwicklung zwischen unseren Völkern. Die Verleihung des Karlspreises 1953 an Jean Monnet — dessen wir in diesen Tagen besonders gedenken — und dann an Konrad Adenauer im Jahr 1954 stand noch ganz im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung,

Dieses Werk ist längst vollendet, und Sie werden verstehen, daß auch ich mich heute, in dieser Stunde vor allem an jenen Tag erinnere, an dem François Mitterrand und ich gemeinsam die Grabfelder von Verdun besuchten, als wir uns vor dem Ossuaire von Douaumont die

Hand reichten. Zwischen Deutschen und Franzosen ist Freundschaft gewachsen, nicht nur zwischen den Regierungen — zwischen den Menschen, jungen wie alten, zwischen Familien. Wir haben zusammengefunden in gemeinsamer Arbeit für Europa.

Wir schlagen so — und auch dies wird heute sehr deutlich — über viele Jahrhunderte der Trennung hinweg eine Brücke in jene Zeit, in der Deutsche und Franzosen vereint waren, in der sie eins waren, wie es Thomas Mann formulierte, „im Mutterschoße der Zeiten“. Deutschland und Frankreich waren stets mehr als nur Nachbarn. Sie waren, sie sind Geschwister, hervorgegangen aus denselben Ursprüngen, aus demselben karolingischen Reich, das hier in Aachen in einer so einzigartigen Weise gegenwärtig und lebendig ist.

Der Name Karls des Großen vergegenwärtigt freilich nicht nur eine große Vergangenheit. Er steht für vieles, was Franzosen und Deutsche auch im Blick auf die Zukunft verbindet: für unser europäisches Erbe, für unseren gemeinsamen europäischen Auftrag.

Unser europäisches Erbe — damit meine ich unsere in vielen Jahrhunderten geprägte Kultur. Ich spreche nicht nur von den Meisterwerken der Literatur, der Musik, der Malerei, auch nicht nur von den einzigartigen Baudenkmalern, obwohl wir heute stärker empfinden als früher, daß sie uns allen gehören und nicht nur einem Volk.

Es geht mir — und auch François Mitterrand sprach eben davon — vor allem um

den Geist, der diese Kunstwerke prägt und ihnen ihre eigentliche Größe, ihre bleibende Schönheit über Zeiten und Grenzen hinweg verleiht. In diesem „Genius Europa“, wie ihn Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Straßburg genannt hat, fließen die Philosophie der Antike und des Humanismus eben zusammen wie die nach vorne drängende Rationalität der Aufklärung und vor allem natürlich die prägende Kraft des Christentums.

Aus dem Bewußtsein für diese gemeinsamen Ursprünge entstand die europäische Idee. Sie läßt sich nicht verstehen und vollziehen ohne das für uns gültige Wertesystem. Es gründet auf der Einzigartigkeit des Menschen, auf der Achtung vor dem Leben, auf der Achtung von Menschenwürde und von persönlichen Freiheitsrechten. Die einigende Kraft dieses kulturellen Erbes darf nicht verlorengehen — erst recht nicht im freien Teil unseres Kontinents, aber auch nicht anderswo in Europa.

Es ist wahr, daß unsere beiden Völker sehr verschieden sind. Doch gerade diese Verschiedenartigkeit bietet eine gute Voraussetzung für eine Synthese, in der sich auch die besten Eigenschaften verbinden. Gerade darin liegt ja das Geheimnis der ungebrochenen Kraft Europas: in dem fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen Einheit und lebendiger Vielfalt unseres kulturellen Erbes.

Deshalb kann auch niemand ernsthaft daran denken, die Unterschiede zwischen den Völkern einebnen zu wollen, ihre Eigenheiten, ihre unterschiedlichen Charaktere gleichsam wegwischen zu wollen. Wir müssen uns vielmehr den Reichtum an Kulturgütern, an geistigen Entwicklungen der verschiedensten Art nutzbar machen:

Er ist eine wesentliche Grundlage menschlicher Schaffenskraft und im übrigen auch eine Grundlage von wirtschaftlichem und politischem Erfolg.

Gerade weil wir dies wissen und danach handeln, haben wir den Mut, unseren gemeinsamen europäischen Auftrag zu erfüllen. Wir wollen das vereinte Europa, die wirtschaftliche und politische Union freier Völker und Staaten. Auf dieses Ziel wirken Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten hin, seit einer Zeit, in der auch Sie, lieber Freund François Mitterrand, bereits an der Seite Robert Schumans dafür arbeiteten.

Ich weiß — auch aus meinem politischen Alltag in der Bundesrepublik Deutschland —, wie viele Hürden auf dem Weg dorthin zu überwinden sind. Jeder Mitgliedstaat muß auf dem Weg zum Binnenmarkt Opfer bringen und auch von manchen liebgewordenen Besonderheiten Abschied nehmen. Das gilt für alle, das gilt auch für uns Deutsche. Wir müssen Kompromisse schließen, wenn wir die großen Chancen des gemeinsamen Binnenmarktes nicht verspielen wollen.

Die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes wird einen Schub bewirken, der nicht nur wichtige wirtschaftliche Impulse gibt, sondern den Einigungsprozeß auch politisch entscheidend voranbringt — davon bin ich überzeugt, und dies ist unser und auch mein Ziel.

Stellen wir uns dieser Anstrengung — Franzosen und Deutsche, wir alle in Europa. Werden wir nicht müde, für das in Freiheit vereinte Europa zu streiten — als gemeinsame Zukunft für die Generation unserer Kinder und Enkel und all jene, die danach kommen. Dieser Weg ist für uns, für Deutsche und Franzosen, vorgeschrieben. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft. Es lebe Europa.“

Heiner Geißler:

Sieg über Pinochet brachte Öffnung für Demokratie

Der Sieg der Oppositionsparteien bei der Volksbefragung in Chile hat nach Eindruck von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler eine „bemerkenswerte Öffnung für die Demokratie“ bewirkt. „Pinochet ist am Ende; es ist klar zu erkennen, daß in Chile ein anderes Klima herrscht“, berichtete der Unionspolitiker und Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationalen bei der Rückkehr von seiner zwölfjährigen Lateinamerikareise.

Heiner Geißler, der neben Chile die Länder der Panama, El Salvador und Venezuela besucht hatte, räumte jedoch ein, daß es in Chile nach wie vor Menschenrechts-

verletzungen gebe. Betroffen von den subtiler gewordenen Unterdrückungsmechanismen seien vor allem kritische Journalisten und Gewerkschaftsfunktionäre. Gegen Verhaftung und indirekte Zensur habe er bei der Regierung im Namen der Christlich-Demokratischen Internationalen energisch protestiert.

Zur Diskussion um das Schicksal der vierzehn zum Tode verurteilten Chilenen erklärte Heiner Geißler, bei sechs von ihnen sei die Todesstrafe in lebenslange Haft umgewandelt worden; bei den übrigen acht Todeskandidaten rechne er ebenfalls demnächst mit einer „Begnädigung“.

Spende für den Aachener Dom

Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl haben den mit dem Internationalen Karlspreis verbundenen Geldbetrag von je DM 5.000 dem Verein zur Erhaltung des Hohen Doms zu Aachen für Restaurierungsarbeiten am Dom zur Verfügung geteilt.

Helmut Kohl würdigt Ackermanns Ratgeberrolle

Als einen Mann, der in Bonn Politik und Geschichte der Bundesrepublik mitgestaltet, hat Bundeskanzler Helmut Kohl Ministerialdirektor Eduard Ackermann, einen seiner engsten Mitarbeiter im Bun-

deskanzleramt, gewürdigt. Bei einem Empfang zu dessen 60. Geburtstag sagte Kohl, Ackermann sei im wahrsten Sinne des Wortes „Ratgeber“, der nicht nur informiere, sondern immer auch ein Stück von sich selbst mitgebe.

Hohes Rentenniveau

Die verfügbaren Renteneinkommen stiegen 1987 schneller an als die Nettoentgelte der Arbeitnehmer. Das Standardnettorentenniveau stieg im vergangenen Jahr auf 72,1 Prozent nach 45 Versicherungsjahren.

Steigende Realeinkommen

1986 und 1987 stiegen die Realeinkommen der Bürger um insgesamt 8,5 Prozent an. 1988 setzt sich diese positive Entwicklung fort.

NEST: SPD-Politiker verdrehen bewußt die Wahrheit

Vor der Bundespressekonferenz hat die Bundesregierung zum sogenannten Nuclear Emergency Search Team (NEST) Stellung genommen; dabei wurde der Sachverhalt ausführlich und zutreffend dargestellt. Die von Teilen der SPD geschürten Verdächtigungen verdrehen daher bewußt die Tatsachen. Wider besseres Wissen werden von einigen SPD-Politikern weiterhin öffentlich Behauptungen aufgestellt, die an den Realitäten und der Wahrheit vorbeigehen.

Staatssekretär Ost erklärte:

1. Das vom „Vorwärts“ zitierte angebliche Geheimpapier liegt der Bundesregierung nicht vor und ist der Bundesregierung auch nicht bekannt.
2. Es gibt keine amerikanische Anti-Nuklearterroreinheit, etwa eine „Anti-Atom-GSG 9“ auf deutschem Boden.
3. Es gibt Vorkehrungen, um — auch zum Schutze der Bevölkerung — die Sicherheit der amerikanischen Nuklearsysteme gegen jedmöglichen Zwischenfall zu gewährleisten. Dabei werden die Souveränität und die Geltung des deutschen Rechts gewährleistet, die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit bleibt unberührt.
4. Im Rahmen dieser Vorkehrungen haben die US-Streitkräfte allgemeine Planungen für Maßnahmen im Fall eines Zwischenfalls mit Nuklearwaffen erstellt.
5. Das amerikanische Energieministerium verfügt über ein Team von zivilen Experten mit einschlägiger technischer und wissenschaftlicher Qualifikation.
6. Entsprechende Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und den USA beruhen auf einem Vertrag, der im Jahre 1976 von der SPD-geführten Regierung Schmidt (Verteidigungsminister Georg Leber) abgeschlossen wurde. Der Inhalt dieser Vereinbarung unterliegt der Geheimhaltung.

Saarländische CDU will Landtagsrüge für Lafontaine

Wegen der Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine zur Aussiedlerpolitik der Bundesregierung hat die CDU-Fraktion im Saarbrückener Landtag einen Mißbilligungsantrag gegen den SPD-Regierungschef eingebracht. Nach Mitteilung der CDU-Fraktion wird der saarländische Landtag darin aufgefordert, Lafontaine wegen dessen Worten zu rügen, im Umgang mit der Aussiedlerfrage trete „überzogene Deuschtümelei“ zutage. Der saarländische CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz bezeichnete die von Lafontaine vertretene Auffassung als beschämend.

Europawahl: Listen für einzelne Länder

Der Bundesvorstand der CDU hat gemäß § 8 Absatz 2 des Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europa-Wahlgesetz) vom 16. Juni 1978 beschlossen, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) — wie bei den beiden Europawahlen 1979 und 1984 — auch bei der bevorstehenden Europawahl am 18. Juni 1989 als Wahlvorschläge „Listen für einzelne Länder“ einreicht.

9. Gespräch im Konrad-Adenauer-Haus

Die CDU bleibt Programmpartei

Die Bedeutung des Ludwigshafener Grundsatzprogramms für die bisherige und künftige politische Arbeit der CDU zu erörtern, war die Zielsetzung des 9. Gesprächs im Konrad-Adenauer-Haus zum Thema „10 Jahre Grundsatzprogramm der CDU — Politisches Fundament auch für die 90er Jahre?“. Einigkeit unter den Teilnehmern bestand darüber, daß das CDU-Grundsatzprogramm insbesondere mit seinen Aussagen zum christlichen Verständnis vom Menschen und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit auch heute noch die gültige Grundlage für den politischen Gestaltungsauftrag der CDU in der Regierungsverantwortung sei.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler unterstrich in seinem einleitenden Referat die grundlegende Bedeutung des christlichen Menschenbildes für Programmatik und Politik der CDU. Als die „großen Aufgaben unserer Zeit“ nannte Heiner Geißler die humane Gestaltung des technischen Fortschritts, die ökologische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, den qualitativen Umbau des Sozialstaats sowie die Schaffung einer gerechteren und friedlicheren Weltordnung. „Wenn die Gesellschaft sich bewegt, kann die CDU als Volkspartei nicht im Stillgestanden verharren“, so der CDU-Generalsekretär wörtlich.

Thematischer Schwerpunkt der anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, Ministerpräsident Ernst Albrecht, war die Frage, welche handlungsleitenden Impulse für die Regierungspartei CDU vom Grundsatzprogramm bisher ausgegangen sind, was bisher politisch

davon umgesetzt wurde und wo das Programm eventuell aus heutiger Sicht Schwachstellen aufweisen könnte.

Diese Fragestellung behandelten u.a. die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Bundesministerin Rita Süßmuth, anhand der Frauen- und Familienpolitik, Umweltminister Klaus Töpfer am Beispiel der Umweltpolitik und CDA-Vorsitzender Ulf Fink, der vorwiegend auf die technologisch bedingte „Revolution in der Arbeitswelt“ einging. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß der von ihnen jeweils angesprochene Themenbereich im Grundsatzprogramm heute sicher erheblich umfassender aussehen würde als vor 10 Jahren beschlossen, wo manche Entwicklungen nicht vorhersehbar gewesen waren. Deshalb habe die CDU diese Themen auch in den Essener und Stuttgarter Leitsätzen behandelt. Klaus Töpfer erwartet insbesondere von den umweltpolitischen Beratungen des bevorstehenden Bundesparteiausschusses positive programmatische Signale für die Umweltpolitik.

Weitere Diskutanten auf dem Podium waren Meinhard Ade, früherer Sekretär der CDU-Grundsatzprogrammkommission, Roland Koch, langjähriger Vorsitzender der JU-Grundsatzprogrammkommission, Dieter Murmann, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats e.V., Georg-Paul Hefty, Redakteur der Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie Professor Wolfgang Jäger von der Universität Freiburg.

Tenor der Diskussion war die Feststellung, daß das Grundsatzprogramm weiterhin eine gute Ausgangsbasis für die künftige Programmarbeit der CDU sei. Die CDU müsse auch in der Regierungsverantwortung Programmpartei bleiben.

Gewalt gegen Frauen

Nach einer gemeinsamen Sitzung von weiblichen Abgeordneten der Unionsparteien des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und der Landtage erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Ursula Männle:

Die im Januar dieses Jahres von der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestartete Initiative, alle weiblichen Europa-, Bundes- und Landesparlamentarierinnen der Unionsparteien regelmäßig zu gemeinsamen Gesprächen an einen Tisch zu bringen, hat sich bewährt. Auf ihrem zweiten Treffen Mitte Oktober in Bonn waren sich die weiblichen Abgeordneten einig, daß die bereits bestehenden lebhaften Kontakte intensiviert und genutzt werden sollen, um in enger Abstimmung gegenwärtige und künftige frauenpolitische Maßnahmen auf allen parlamentarischen Ebenen noch schlagkräftiger zu vertreten und durchzusetzen.

Auf der gemeinsamen Sitzung bildete das Problem „Gewalt gegen Frauen“ den Schwerpunkt im umfangreichen Themenkatalog. Übereinstimmend stellten die Unionspolitikerinnen fest, daß die derzeitige Rechtslage, wonach eine Vergewaltigung innerhalb einer Ehe als weniger strafwürdig erachtet werde als die außerhalb einer Ehe verübte, unhaltbar sei und dringend der Änderung bedürfe. Dieser Rechtszustand ist weder mit dem Selbstverständnis und Selbstwertgefühl einer Frau noch mit dem grundgesetzlichen Schutz ihrer Menschenwürde in Einklang zu bringen. Für eine Frau, die sich für eine Ehe entscheidet, bedeutet der Weg zum Standesamt schließlich nicht, ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung aufzugeben.

Die anwesenden Parlamentarierinnen bekundeten daher die Absicht, sich mit Entschiedenheit für eine rechtliche Gleichbehandlung jeder Vergewaltigung, unabhängig von Tatort und von der Beziehung zwischen Täter und Opfer, einzusetzen. Sie appellierten an ihre männlichen Kollegen, für die unverzichtbare Reform des § 177 StGB einzutreten. Ein klares Mehrheitsvotum der Unionsparteien zu dieser Reform setze ein wichtiges frauenpolitisches Signal und biete darüber hinaus die Chance, die Institution Ehe zu stärken, indem ihre Funktion und ihr Sinn als Gemeinschaft gleichberechtigter und einander respektierender Partner bekräftigt werde.

Aussiedler-Programm fördert auch Eigentumsbildung einheimischer Familien

Das jetzt angelaufene Wohnungsbauprogramm für die Aussiedler wird auch die Förderung der Eigentumsbildung einheimischer Familien im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ermöglichen. Darauf hat Bundesbauminister Schneider in Bonn hingewiesen. Die Nachfrage nach Fördermitteln zum Bau eines Eigenheims im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus sei derzeit außerordentlich hoch. Hier könne auch das Aussiedlerprogramm helfen, um den Antragsstau abzubauen. Die Möglichkeiten dazu biete ein „Freimacher-Modell“. Danach könnten Familien den Zuschuß in Höhe von durchschnittlich 50.000 DM für die Eigentumsbildung erhalten, wenn auf diesem Wege eine Miet-Sozialwohnung frei werde, die wiederum für Aussiedler zur Verfügung gestellt werden müsse.

Verschuldung 1981 und 1988 – zwei völlig unterschiedliche Situationen

Es gibt keinen Grund für die SPD, voll Schadenfreude nach Karlsruhe zu blicken. Als 1982 die damalige SPD-geführte Bundesregierung zum fünften Mal innerhalb von acht Jahren — bei völlig unterschiedlichen Konjunkturlagen — die vom Grundgesetz (Art. 115 GG) festgelegte Grenze für die staatliche Verschuldung mißachtete, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Bundesverfassungsgericht angerufen. Anfang Dezember 1988 wird nun über diesen Antrag verhandelt.

Grundlage der Verfassungsklage der Union in Karlsruhe ist die Bestimmung des Artikel 115 Grundgesetz, wonach die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfen; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

MdB Joachim Grünewald, der die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt, hat ausdrücklich betont, daß die CDU/CSU-Fraktion nach wie vor unverändert zu dem Antrag aus dem Jahre 1982 steht.

Auch, wenn in diesem Jahr mit einer sich abzeichnenden Neuverschuldung von ca. 38 Mrd. DM die verfassungsrechtlich festgelegte Kreditobergrenze überschritten werden wird, ist dies als Ausnahmefall zu sehen und nicht mit dem Haushaltsgebaren der SPD zu vergleichen, die die in der Verfassung nur als Ausnahme vorgesehene überhöhte Neuverschuldung ganz einfach zum finanzpolitischen Regelfall gemacht hat.

Denn: die SPD-geführten Regierungen hatten bis 1981 über viele Jahre hinweg ein strukturelles Haushaltsdefizit angehäuft.

Zwischen 1973 und 1981 war die Staatsschuld sogar doppelt so schnell angewachsen wie das Bruttosozialprodukt. Ursache dafür waren die zu hohen Ausgabensteigerungen mit durchschnittlich 14,3 % pro Jahr.

Angesichts dieser hohen strukturellen Defizite konnte die überhöhte Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 1981 nicht mehr für eine kurzfristige Überbrückung herangezogen werden. Sie war vielmehr im Sinne einer „Störungsabwehr“ zweckuntauglich.

1988 besteht dagegen eine vollkommen andere Situation:

Durch die konsequente Konsolidierungspolitik der CDU-geführten Bundesregierung der letzten Jahre ist das strukturelle Defizit nachhaltig abgebaut worden. Betrug die Verschuldensquote des Haushalts 1981 gemessen am Bruttosozialprodukt noch 2,2 %, waren es 1987 nur noch 1,1 Prozent.

Wichtig ist auch, daß heute die Nettokreditaufnahme fast nur noch zur Finanzierung der zwischen 1969 und 1982 angehäuften riesigen Zinslasten dient. 1988 hat der Bund 32,3 Mrd. DM Zinsen zu zahlen. Ohne diese von der SPD hinterlassenen „Altlasten“ wäre heute eine Neuverschuldung nicht mehr notwendig.

Für 1989 ist dennoch eine Rückführung der Neuverschuldung bereits gesichert. Die Bundesbank wird nämlich im kommenden Jahr für das Jahr 1988 wieder einen in etwa „normalen“ Gewinn abführen. Die vorgesehenen Verbrauchsteuererhöhungen werden den durch die Umstellung des EG-Finanzierungssystems bedingten Einnahmeausfall wieder ausgleichen, und die Steuereinnahmen insgesamt werden als Folge der guten wirtschaftlichen Entwicklung anwachsen.

Der bäuerliche Familienbetrieb – Zukunft der deutschen Landwirtschaft

Die bäuerlichen Familienbetriebe gezielt zu stärken, der Massentierhaltung entgegenzuwirken und umweltschonende Produktionsweisen zu fördern — das sind die wichtigsten Ziele des Entwurfes eines „Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft“, der am 19. Oktober im Bundeskabinett verabschiedet wurde.

Nach der Flächenstillegung und der Produktionsaufgabenrente ist mit diesem Agrarstrukturgesetz das dritte wichtige Gesetzesvorhaben im Rahmen der Beschlüsse des EG-Gipfels vom Februar 1988 auf den Weg gebracht worden. Für unsere Landwirtschaft bedeutet dies die konsequente Fortsetzung der Politik der Bundesregierung, die bäuerliche Landwirtschaft durch direkte Hilfen zu stärken. So sollen von 1989 bis 1992 bäuerliche Familienbetriebe einen betriebsbezogenen Einkommensausgleich für währungsbedingte Einkommensverluste erhalten. Der Ausgleich wird für das kommende Jahr 90 DM je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, jedoch mindestens 1000 DM und höchstens 8000 DM je Betrieb betragen.

Ein weiteres wichtiges Element des Gesetzes sind die für die Tierhaltung festgelegten Förderobergrenzen. Werden diese überschritten, so wird der Einkommensausgleich über die Fläche nicht gewährt. Bei der Festlegung der Fördergrenzen ist von einem Größenrahmen ausgegangen worden, der in der Regel den verfügbaren Arbeitskräften in einer bäuerlichen Familie und dem Einkommenspotential leistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe entspricht. Somit ist

sichergestellt, daß unsere deutschen Landwirte dadurch in der EG keine Wettbewerbsnachteile befürchten müssen.

Die enge Bindung der Tierhaltung an die Fläche ist ein wesentliches Merkmal der bäuerlichen Landwirtschaft. Um dies bei der Förderung der bäuerlichen Betriebe angemessen berücksichtigen zu können, wird eine zusätzliche Flächenbindung für die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft eingeführt. Betriebe, die mehr als drei sogenannte Dungeinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ausbringen, erfüllen nicht mehr die Anforderungen an eine bäuerliche Landwirtschaft. Eine Dungeinheit entspricht 80 Kilogramm Gesamtstickstoff aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft. Düngemittel dürfen künftig zudem nur noch nach guter fachlicher Praxis angewandt werden. Von den dazu vorgesehenen Anwendungsvorschriften im Düngemittelgesetz sind positive Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.

Der bäuerliche Familienbetrieb entspricht nach wie vor am ehesten den gesellschaftspolitischen, landeskulturellen und ökologischen Erwartungen, die an unsere Landwirtschaft gestellt werden.

Er ist daher auch in Zukunft das zentrale Anliegen der Agrarpolitik der CDU. Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf kommen noch mehr als bisher die staatlichen einkommenstützenden Fördermaßnahmen den bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Durch den Ausschluß der nicht bäuerlichen Betriebe von diesen Maßnahmen wird auch in Zukunft einer unerwünschten Konzentration in der Tierhaltung entschieden entgegengewirkt.

Der von „Panorama“ zitierte Brief ist nachweislich eine Fälschung

Generalsekretär Heiner Geißler hat scharfe Kritik an der Veröffentlichung eines angeblichen Briefes des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel durch das Fernsehmagazin „Panorama“ geübt. In Bonn erklärte Heiner Geißler:

„Der von „Panorama“ zitierte Brief ist nachweislich eine Fälschung. Er ist weder beim CDU-Landesvorsitzenden noch beim damaligen CDU-Generalsekretär noch bei der Landesgeschäftsstelle der CDU Schleswig-Holstein eingegangen. Er wurde erstmals im April 1988, kurz vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl, anonym in Kopien versandt. Zeitungen und Zeitschriften, die den Brief erhielten, haben nicht darüber berichtet, weil die Fälschung offensichtlich war. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Briefes hat Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg in seiner Eigenschaft als CDU-Landesvorsitzender im Mai 1988 Strafanzeige gegen den Verfasser und Verbreiter dieses gefälschten Briefes erstattet.

Die anonyme Behauptung, dieser angebliche Brief sei in der Landesgeschäftsstelle der CDU in Kiel eingegangen, ist nachweislich unrichtig. Der frühere Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein, Rolf Rüdiger Reichardt, und seine Mitarbeiter haben nochmals klargestellt, daß ein derartiger Brief in der Landesgeschäftsstelle nicht eingegangen ist.

Der CDU-Landesverband wird auf einer Richtigstellung bestehen.

Der von „Panorama“ zitierte Text enthält gezielte ehrenrührige Behauptungen einer angeblichen Mitwisserschaft der Barschel/Pfeiffer-Aktivitäten durch den CDU-Landesvorstand. Es ist völlig

absurd, daß im Landesvorstand über diese Machenschaften gesprochen worden sein soll. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands weist mit allem Nachdruck diesen erneuten Versuch zurück, die Integrität des Landesvorstandes und des Landesvorsitzenden der CDU Schleswig-Holstein in Zweifel zu ziehen.

Bereits Ende Oktober letzten Jahres hatte der vom sozialdemokratischen Pressedienst herausgegebene Politisch-Parlamentarische-Pressedienst in einer Reihe von Beiträgen mit wahrheitswidrigen Unterstellungen den Eindruck erwecken wollen, der CDU-Landesvorsitzende habe von den Machenschaften der Barschel/Pfeiffer-Affäre gewußt. Aufgrund rechtlicher Schritte mußte der PPP damals erklären, daß er nicht behauptete, Dr. Stoltenberg habe von diesen Machenschaften gewußt oder daran mitgewirkt.

Das sogenannte Gutachten, das „Panorama“ vorgelegt hat, beweist nur, daß der oder die Brieffälscher ihre Fälschung in genauer Kenntnis der Person Barschels und unter Benutzung von Formulierungen und Texten Barschels, die jedem öffentlich zugänglich sind, erstellt haben. Das sogenannte Gutachten diene „Panorama“ nur als Vorwand, die Fälschung publik zu machen und dadurch Gerhard Stoltenberg und die CDU zu verleumden.

Die „Panorama“-Sendung ist ein Beispiel für eine neue Form von politischem Kampf-Journalismus, der zur Vermeidung gerichtlicher Schritte in Frageform unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen unter Zuhilfenahme von Fälschungen publiziert und darauf hofft, daß auf diese Weise etwas an Politikern oder Parteien hängen bleibt, wodurch diese in Mißkredit gebracht werden.

Herbstgutachten:

Der Aufschwung geht in sein siebtes Jahr

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer kräftigen Aufwärtsentwicklung. Mit einer laufenden Anstiegsrate des realen Bruttozialprodukts von rund drei Prozent knüpft die konjunkturelle Expansion in diesem Jahr wieder an die frühe Phase der nun sechs Jahre dauernden Wachstumsperiode an.“

So beurteilen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1988. Gleichzeitig geben sie zu, die Stärke des Aufschwungs noch im Frühjahr erheblich unterschätzt zu haben.

Ausdrücklich bestätigen die Gutachter: Der lang anhaltende und stetige Aufschwung ist auch das Ergebnis der konsequenten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung:

„Auch die jahrelangen Bemühungen um die Verbesserung der Wachstumsbedingungen mit Hilfe der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie — zum Teil als Reaktion darauf — die Zurückhaltung in der Lohnpolitik haben zu dem verstärkten Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität und nicht zuletzt zu der Belebung der Investitionstätigkeit beigetragen.“ Und: **„Die Finanzpolitik trägt in diesem Jahr zur Stärkung der konjunkturellen Expansion bei. Impulse gehen von der Einkommensteuersenkung aus, die das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 1988 etwa um 11 Mrd. DM erhöht.“**

Die Konjunktur wird gestützt von der inländischen Nachfrage und vom Export:

„Alles in allem kam es zu einem Anstieg, der nun die ganze Breite der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage umfaßt; den Konsum wie den Export, die Ausrüstungs- wie die Bauinvestitionen. Damit ist die Struktur der Nachfrageexpansion bedeutend wachstumsträchtiger geworden.“

Nach den Befürchtungen, der Börsenkrach im Oktober vergangenen Jahres werde die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft in eine Depression treiben, hat sich das Aufschwungstempo eher noch beschleunigt.

Insbesondere die inländische Nachfrage stand in diesem Jahr unter dem Einfluß günstiger Faktoren.

„Besonders ins Gewicht fiel die Stärkung der verfügbaren Einkommen durch die zweite Stufe der Steuerreform.“

Auch die Anlageinvestitionen haben sich in der Bundesrepublik in diesem Jahr weit besser entwickelt, als zu Jahresbeginn allgemein angenommen worden war. Die Wirtschaftsforschungsinstitute: „Die Erhöhung der Kapazitätsauslastung hat die Unternehmen zu Erweiterungsplänen veranlaßt.“ Insbesondere dem Baugewerbe geht es wieder besser. **„Die realen Bauinvestitionen haben in diesem Jahr deutlich zum Anstieg von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion beigetragen.“**

1988 ist auch die Zahl der Erwerbstätigen leicht beschleunigt angestiegen, am Jahresende werden 150.000 Menschen mehr beschäftigt sein als Ende 1987. Der Preisanstieg blieb in diesem Jahr nach Aus-

sage der Wirtschaftsforscher relativ gering — die Preise bleiben also stabil.

Ausblick für 1989

„Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geht 1989 in das siebte Jahr.“

Im kommenden Jahr wird sich die wirtschaftliche Expansion fortsetzen — dies ist die Prognose der Forscher für 1989. Die Institute gehen von einem Anstieg des Bruttosozialproduktes um zwei Prozent aus.

„Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wird sich fortsetzen, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie in diesem Jahr.“ Da die Kapazitäten der Wirtschaft in vielen Bereichen gut ausgelastet sind, gehen die Institute von einer weiteren merklichen Zunahme der Investitionen aus, zumal sich mit der 1990 in Kraft tretenden Steuerentlastung Nachfrage und Selbstfinanzierungsmöglichkeiten erhöhen werden.

„Im verarbeitenden Gewerbe deuten die Investitionspläne auf eine kräftige Zunahme der Investitionstätigkeit hin. Auch die Bauwirtschaft wird als Folge der lebhaften Baukonjunktur ihre Investitionen wohl spürbar steigern.“ Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt im Baugeerbe also aufwärtsgerichtet.

Nach Einschätzung der Gutachter werden die Nachfrageexpansion im kommenden Jahr weiter tragen.

Die weitere Steigerung des Sozialprodukts auf hohem Niveau wird sich auch auf die Beschäftigung auswirken. Die Zahl der Arbeitsplätze wird vermutlich um etwa 100.000 steigen. Hauptträger der Beschäftigungsausweitung wird nach wie vor der private Dienstleistungssektor sein.

Im letzten Teil ihres Gutachtens fordern die Wirtschaftswissenschaftler die baldige

Durchführung einer Reform der Unternehmensbesteuerung. Diese sei dringend notwendig, da die Bundesregierung so dazu beitragen könne, die Attraktivität der Bundesrepublik für Investoren zu verbessern. „Zur Finanzierung der Unternehmenssteuerreform sollten im Sinne einer Verbreiterung der Steuerbasis bei niedrigeren Steuertarifen weitere steuerliche Subventionen gekürzt, es sollten aber auch Finanzhilfen verringert werden“ — so die Forderung der Gutachter.

Weiterhin wird die Fortführung der Politik der Privatisierung und der Deregulierung empfohlen.

Junge Union fordert Offensive für Mehrwegflasche

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands befaßte sich auf einer Sitzung in Bonn mit dem jüngsten Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) zur Vermeidung von Einwegflaschen in Dänemark.

Erstmals hat das höchste europäische Gericht in diesem Urteil dem Schutz der Umwelt Vorrang vor uneingeschränkter Wirtschaftstätigkeit eingeräumt und das dänische Verbot von Einwegflaschen prinzipiell bestätigt. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, sieht in diesem Urteil die Möglichkeit, auch in der Bundesrepublik Deutschland weitere Schritte zur Vermeidung der Müllflut zu unternehmen. Böhr wörtlich: Bei der bedrohlichen Lage unserer Umwelt muß für derartige vernünftige Maßnahmen der rechtliche Rahmen voll ausgeschöpft werden. Die Bundesregierung muß jetzt über die Pfandbelegung von Plastikflaschen hinaus für ein möglichst weitgehendes Verbot von Einwegflaschen sorgen.

Konjunktur: Volle Fahrt voraus

Deutsche Bundesbank, BDI, DIHT — die Fachleute bestätigen es alle; die deutsche Wirtschaft läuft auf vollen Touren.

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist im ersten Halbjahr 1988 entgegen manchen noch zum Jahresbeginn gehegten Befürchtungen kräftig gewachsen. Eine Beeinträchtigung durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten ist also ausgeblieben; in mancher Hinsicht erscheint der Boden für ein anhaltendes Wachstum sogar eher gefestigt. Die jüngsten über die Jahresmitte hinausreichenden Informationen sprechen dafür, daß sich die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung fortsetzt.“

Dies stellt die Deutsche Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht fest. Das wirtschaftliche Wachstum wird vor allem von der Steigerung der Binnennachfrage getragen. **Wichtig ist besonders, daß zu der schon vorher beträchtlichen Zunahme des privaten Verbrauchs nun eine kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen tritt.**

Schon 1987 hatten die Unternehmen des Dienstleistungsbereiches ihre Investitionen erheblich gesteigert. In der ersten Jahreshälfte 1988 kamen die Ausrüstungsinvestitionen als Wachstumsträger hinzu. Das positive Konjunkturbild wird dadurch abgerundet, daß nun auch die lange währende Schwäche im Wohnungsbau überwunden wurde. Gegenüber dem Vorjahr haben die Wohnungsbauinvestitionen um gut 10 % zugenommen.

Auch für die nächste Zeit zeichnet sich eine anhaltend günstige Investitionskonjunktur ab. Dafür sprechen bereits die hohen Aufträge, die von den Unternehmen in den Frühjahrsmonaten an die he-

mischen Hersteller von Ausrüstungsgütern sowie an die Bauwirtschaft vergeben worden sind und die sich noch nicht in vollem Umfang in der Produktion bzw. in entsprechenden Lieferungen niedergeschlagen haben. In den Sommermonaten hat die Nachfrage nach Investitionsgütern zudem weiter angezogen.

Aber auch die Exportnachfrage hat spürbaren Auftrieb erhalten. Die Deutsche Bundesbank: „Ursache für die beträchtliche Steigerung der Auslandsnachfrage war auf der einen Seite, daß in den meisten Partnerländern die konjunkturelle Entwicklung recht günstig verlief und die Investitionsbereitschaft dort ebenfalls spürbar zunahm, was der heimischen Wirtschaft in Anbetracht ihrer starken Wettbewerbsfähigkeit bei Investitionsgütern besonders zugute kam. Auf der anderen Seite spielte für das günstigere Auslandsgeschäft auch die Abwertungstendenz der DM eine Rolle.“

Die gute wirtschaftliche Entwicklung wird gestützt durch eine Ausweitung des privaten Konsums. Dazu schreibt die Deutsche Bundesbank: „Für eine hohe Kaufbereitschaft der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte 1988 waren die Voraussetzungen von der Einkommenseite her weiterhin günstig. Dies lag zum einen am kräftigen Anstieg der Arbeits-einkommen, der u. a. dadurch zustande kam, daß zahlreiche Unternehmen konjunkturbedingt vermehrt übertarifliche Leistungen gewährten und die Beschäftigung wuchs. Zum anderen wurde die Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung durch die zum Jahresanfang in Kraft getretene zweite Stufe der Steuerreform 1986/88 gestärkt, die — aufs ganze

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Aktionstage – ein Schlag ins Wasser

Die Aktionstage des DGB in der vergangenen Woche waren ein riesiger Reifall. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage in 50 Kreisen im ganzen Bundesgebiet. Viele Kreisverbände des DGB haben die Aktionstage einfach verschlafen. In anderen Kreisen reichte es gerade für einen Informationsstand. Großveranstaltungen fanden im ganzen Bundesgebiet nur wenige statt.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz, MdL, erklärte in Bonn zum Verlauf der DGB-Aktionswochen: Die Mitglieder des DGB haben es einfach satt, sich ständig vor den Karren der SPD spannen zu lassen. Die Millionen Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik erwarten eine kritische, aber faire Bewertung der Politik der Bundesregierung. Dazu gehört, daß die Bundesregierung die Montanmitbestimmung sichert, deren Ende die frühere SPD-Regierung beschlossen hatte. Dazu

gehört die Einführung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand für die älteren Arbeitnehmer. Dazu gehört die langfristige Sicherung der lohn- und beitragsbezogenen Rente sowie die kräftige Erhöhung des Bundeszuschusses. Dazu gehört schließlich, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Preise, die höchsten Löhne und den längsten Urlaub haben.

Nur wer die positiven Leistungen der Regierung Helmut Kohl anerkennt, kann auch glaubwürdig Kritik üben. Die deutschen Arbeitnehmer wollen Gewerkschaften, die ihre Interessen klar und deutlich gegenüber den Tarifpartnern am Arbeitsplatz vertreten. Die deutschen Arbeitnehmer brauchen jedoch keine Gewerkschaften, die sich als parteipolitische Ersatzopposition aufführen.

Der DGB muß jetzt gerade im Interesse der Arbeitnehmer zurückfinden zu einer Politik der Gespräche mit der Bundesregierung. Die CDU jedenfalls ist zu konstruktiven Gesprächen immer bereit.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Jahr gesehen — eine Entlastung in der Größenordnung von 14 Mrd. DM mit sich bringt und weit überwiegend den privaten Haushalten zugute kommt.

Die hohe Investitionsneigung der Unternehmen brachte nicht nur beträchtliche Absatzsteigerungen mit sich, sondern eröffnete den Unternehmen auch weiterhin günstige Perspektiven. Dies geht aus dem neuesten Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts hervor. So beurteilen die Unternehmen des verarbeitenden Gewer-

bes ihre wirtschaftliche Situation derzeit so günstig wie seit fünfzehn Jahren nicht mehr und rechnen sogar mit einer noch weiteren deutlichen Verbesserung in der nächsten Zukunft.

Der BDI wertet die Tatsache, daß nun die privaten Investitionen wieder die Führungsrolle übernommen haben, als Zeichen für die Dauerhaftigkeit des Wachstumsprozesses.

Dies ist die Folge der vernünftigen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung.

CDU Schleswig-Holstein: Noch ein weiter Weg

Eine offene, teilweise auch kontroverse Diskussion kennzeichnete den 41. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein am 28./29. Oktober in Travemünde. Es war der erste Parteitag nach dem Verlust der Regierungsmacht in Kiel.

Der Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, betonte in seinem mit großer Zustimmung aufgenommen Eingangsreferat, die CDU sei seit der Sommerpause einen großen Schritt vorangekommen. Die Oppositionsrolle sei ohne Groll angenommen worden. Die Partei leiste konkrete politische Arbeit und befasse sich mit inhaltlichen Themen. Die Fülle der Einzelanträge, die kritische Debatte stünden für eine ermutigende Entwicklung. Stoltenberg lobte die Motivation und das Engagement der Parteifreunde. U. a. sagte er:

„Wohl niemals in der Geschichte der CDU unseres Landes wurde in der Partei so ausführlich und tiefgehend debattiert wie in den vergangenen 13 Monaten. Zunächst hatten wir erhebliche Schwierigkeiten, die dramatischen Abläufe und neuen Einsichten aufzuarbeiten und zu gemeinsamen Konsequenzen zu kommen. In den letzten Monaten ist die Übereinstimmung in einer Reihe wichtiger Fragen und Aufgaben wieder stärker geworden. Die Krise, die Betroffenheit, der Vertrauensverlust durch die Affäre sind für uns eine bleibende Verpflichtung, größere Ansprüche an uns selbst zu stellen. Unser Miteinander in die Union, die Formen innerparteilicher Diskussion und Auseinandersetzung wie unser Handeln in öffentlichen Ämtern müssen eindeutig an den ethischen Grundsätzen christlich-

demokratischer Programmatik orientiert sein. Die Debatten über Moral und Politik, die zu Beginn des Jahres intensiv geführt wurden, können nicht nur eine Episode sein. Sie sollen für die Union und — wie ich hoffe — für alle politischen Kräfte dauerhafte Wirkungen haben.

Wir haben nach dem 8. Mai ohne inneren Vorbehalt die Aufgabe der Opposition im Lande angenommen. Natürlich ist dies nach vielen Jahrzehnten ein tiefgreifender Umstellungsprozeß. Dieser Wechsel hat auch weitreichende Folgerungen für unsere Parteiarbeit. Sie vollzieht sich noch stärker als zuvor in der politischen Diskussion, in der Mitgestaltung von Entscheidungen und in Positionsbestimmungen auf drei Ebenen. Wir sind die stärkste Kraft in der kommunalen Selbstverwaltung Schleswig-Holsteins, Opposition im Lande und Regierungspartei im Bund. Damit sind eine Fülle politischer Themen, Diskussionen, Erwartungen und kritische Auseinandersetzungen über die Partei hinaus verbunden.

Vertrauen zu festigen und dort, wo es verloren ging, wiederzugewinnen, ist unsere Aufgabe. Seit Anfang Juni haben wir in einer Reihe von ganztägigen Sitzungen des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Kreisverbände und Vereinigungen unseren Standort und unser Arbeitsprogramm unter den veränderten Bedingungen erörtert. Kommissionen erarbeiten Konzepte für eine Reihe wichtiger Aufgaben.

Zur Erneuerung der Parteiarbeit gehören:

- Umfassende Bildungs- und Informationsangebote des Landesverbandes,

- neue Strukturen und Arbeitsweisen der Landesausschüsse und Arbeitskreise, ihre stärkere Verzahnung mit den entsprechenden Gremien der Kreisverbände,
- breit angelegte, ständige Kontakte zu den Verbänden und Organisationen im Lande auf allen Ebenen,
- die stärkere Öffnung der Parteiarbeit vor Ort durch mehr Diskussionen mit engagierten parteilosen Bürgern,
- bessere Chancen für Frauen und junge Menschen in unserer Partei, auch bei innerparteilichen Wahlen und Kandidatenaufstellungen.

Nur mit einer Gemeinschaftsleistung kommen wir aus dem Tief, das im Wahlergebnis vom 8. Mai seinen Ausdruck fand, heraus. So können wir schrittweise wieder zur stärksten Partei in Schleswig-Holstein werden. Wir sind seit der Sommerpause einen Schritt vorangekommen. Aber es liegt noch ein langer Weg vor uns. Wir gehen ihn mit begrenzten finanziellen Mitteln, aber seit dem Sommer wieder mit erheblich stärkerem Engagement vieler unserer Mitglieder.

Für uns ist die Europawahl die erste große Chance gegenüber dem schlechten Ergebnis vom 8. Mai wieder erheblich stärker zu werden, einen kräftigen Schritt nach vorne zu tun.

Besonders intensiv und langfristig werden wir die Kommunalwahl 1990 vorbereiten. Im Programm und Selbstverständnis unserer Partei ist seit Jahrzehnten die kommunale Selbstverwaltung von herausragender Bedeutung. Hier vollzieht sich lebendige Demokratie am nachhaltigsten. Hier ist die Union am stärksten als Volkspartei verankert.“

Der Parteitag verabschiedete die Leittrüge des Vorstandes, die vorsehen, daß eine Grundsatzkommission eingesetzt wird, die Leitlinien für die Parteiarbeit bis zum Ende des Jahrtausends entwick-

keln soll. Aufträge sind u.a. die bessere Förderung der Frauen in der CDU sowie die Bildung einer Senioren-Union.

Höhepunkt des ersten Tages war eine Rede von Norbert Blüm über die Zukunftsaufgaben christlich demokratischer Politik. Besonderes Lob gab es von ihm für Gerhard Stoltenberg.

Medien-Fachtagung

Unter dem Motto „Neue Medien — Neue Chancen“ veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung am 11. November 1988, 10.00 Uhr, in Köln, Wallraf-Richartz-Museum (Vortragssaal) eine Fachtagung, in der namhafte Künstler und Journalisten zu Worte kommen.

Der nächste Bundesparteitag findet in Bremen statt

Der CDU-Bundesvorstand beschloß, den nächsten Parteitag vom 11. bis 13. September 1989 in Bremen abzuhalten.

Außer der gesamten Bundesführung — Präsidium und Vorstand — muß diesmal auch der Generalsekretär neu gewählt werden, der anders als die übrigen Mitglieder der Parteiführung nicht alle zwei, sondern alle vier Jahre zur Wahl steht.

Unterstützung für Ernst Albrecht

Die Entscheidung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, wieder als Spitzenkandidat der CDU für die kommenden Landtagswahlen anzutreten, ist vom Bundesvorstand begrüßt worden. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl versicherte, die CDU-Führung und er persönlich würden „alles tun, damit Albrecht seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann“. Der Ministerpräsident werde die volle Unterstützung der Bundespartei erhalten.

Herbstgutachten der Wirtschaftsforscher:

»Wirtschaft in einer kräftigen Aufwärtsentwicklung«

Die Wirtschaft entwickelt sich besser, als dies die Konjunkturpessimisten von SPD und DGB zu Beginn dieses Jahres behauptet haben. Die Wirtschaftsforscher sagen in ihrem neuesten Gutachten für 1988 rund 3,5 Prozent reales Wachstum voraus.

Die Deutsche Bundesbank, der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag bestätigen dies: Die deutsche Wirtschaft läuft auf vollen Touren. Der neueste Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts sagt weiterhin günstige Perspektiven für die Unternehmen

voraus: Die Stimmung unter den deutschen Unternehmen ist so gut wie seit 15 Jahren nicht mehr.

Die Wirtschaft läuft:

- Lebhafter Konsum.
- Zunehmender Export.
- Steigende Investitionen.
- Neue Arbeitsplätze (seit Herbst 1983 850 000).
- Weiter stabile Preise.

Und, gute Aussichten für 1989. Der Aufschwung geht weiter. Die Wirtschaftsforscher: „Im kommenden Jahr wird sich die wirtschaftliche Expansion fortsetzen.“

Die Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg

Diese positive Entwicklung über 6 Jahre hinweg ist ein Ergebnis der konsequenten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. „Die Finanzpolitik stärkt die Konjunkturerweiterung“, sagen die Institute. Die Steuerreform setzt die richtigen Signale für die Wirtschaft, für Arbeitnehmer und für die Unternehmer.

CDU
Die Zukunft

Der Bundeskanzler in Moskau:

Selbstbewußt, standfest, erfolgreich für unser Land

»Der Kanzler hat sich in Moskau gut geschlagen.« (DIE WELT, 27.10.1988)

»Der Kanzler-Besuch zeigte, daß keine Grundüberzeugung und keine Rechtspositionen geopfert werden müssen, um den Wandel zu gestalten und selbst so sperrige Probleme wie West-Berlins Einbindung in die West-Ost-Zusammenarbeit pragmatisch zu regeln.« (General-Anzeiger, Bonn 27.10.1988)

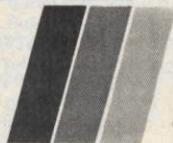
»Kohl ... kennt den Unterschied zwischen Kompromißbereitschaft und Anbiederung. Er kennt den Unterschied zwischen Festigkeit in der Sache und Prinzipienreiterei. So hat er sich verhalten. Eindeutig und selbstbewußt.« (Frankfurter Neue Presse, 27.10.1988)

»Die Kennzeichnung dieses Besuchs als Weg- oder gar Wendemarke war nicht nur eitles Gerede. In so gut wie allen Bereichen bilateraler Beziehungen zur UdSSR wird die Bundesrepublik unter den westlichen Nationen Spitzenreiter sein.« (Basler Zeitung, 27.10.1988)

»Am Ankunftstag hat Kanzler Kohl in Moskau gezeigt, wer die Bundesrepublik Deutschland ist. Ein industrieller Gigant, der erste westliche Wirtschaftspartner der SU, nicht mehr ein politischer Zwerg, sondern eine europäische Macht, bedacht, keine Empfindlichkeiten zu reizen und dennoch ohne Komplexe.« (Il Messagero, 25.10.1988)

**Deutsche Interessen vertreten; neues Vertrauen gewonnen
Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau:
erfolgreich für unser Land.**

CDU



*Die
Zukunft*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU Zeitung

Jahrgang 1/Nr. 1

Informationen für Zeitungsmacher

Juni 1988

Zeitung machen leicht gemacht

Täglich werden es mehr: Zeitungen von CDU-Verbänden, die dieses Medium als aktuelles und erfolgreiches Informationsmittel für ihre Öffentlichkeitsarbeit vor Ort einsetzen.

Alles, was Sie zum Zeitungsmachen wissen müssen, finden Sie in dieser „CDU-Zeitung“. Sie soll Ihnen bei der Produktion Ihres lokalen CDU-Blattes helfen. Viele interessante Artikel informieren Sie über Inhalte, die richtige Auswahl von Fotos, juristische Vorschriften, Zeit und Kostenaufstellungen, bis hin zur ansprechenden Gestaltung.



Aktive CDU: Immer mehr CDU-Verbände auf Orts- und Kreisebene geben eine eigene Zeitung heraus. Jetzt sind es bereits rund 1000 Titel, die auf eine Gesamtauflage von drei bis vier Millionen Exemplare kommen.

Auf acht Seiten mit vielen Bildern nützliche Informationen für alle, die eine CDU-Zeitung machen. Bestellungen über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold
Bestell-Nr.: 2087, Mindestabn.: 10 Expl., Preis pro Mindestabn.: 5,- DM + MwSt.

UID

35/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktions: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.